

PRESSEMITTEILUNG #611–28.06.2023

Martin Habersaat

Zum Glück sollen es drei Pakete werden

Zur heutigen Vorstellung des zweiten Pakets von dreien zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Auch die ersten beiden Pakete zusammen sind nicht annähernd so groß wie das Problem. Zum Glück wurden drei Pakete angekündigt, es besteht also noch Hoffnung auf wirklich wirkungsvolle Maßnahmen im nächsten Jahr. Während das erste Paket den Fehler der Bildungsministerin, gegen den Rat von Fachleuten die Ausbildung von Gymnasial- und Gemeinschaftsschullehrkräften auseinanderzureißen, teilweise rückgängig machte, vorhandenen Lehrkräften freiwillige Mehrarbeit anbot und die Möglichkeiten zum Sabbatjahr einschränkte, ließ die Landesregierung im zweiten Paket wieder ihre geheime Superkraft aufblitzen: Das Formulieren von Prüfaufträgen.

Aber es gab auch konkrete Nachrichten: Ein Lehramtsstudium mit der Fachrichtung Sozialpädagogik brauchen wir dringend. Ein Lernzentrum für Mathematik, um die Zahl der Abbrecher*innen zu verringern, bräuchten wir in Kiel und in Flensburg. Aber noch dringender einen Blick auf den Aufbau der Studiengänge. Und in der Musik ist die Lage so dramatisch, dass jede Maßnahme versucht werden muss. Parallel sollte das Bildungsministerium endlich aufhören. Musikpädagog*innen aus unseren Schulen an andere Bundesländer zu vergraulen, weil sie kein Lehramtsstudium haben. Hier passt die Einstellung nicht zum Problem.

Heute Vormittag hat Karin Prien sich mit ihrem Hamburger Kollegen Ties Rabe getroffen. Der hatte gestern ebenfalls eine Offensive für mehr Lehrkräfte vorgestellt: Keine Zulassungsbeschränkung mehr bei Studienanfängerplätzen in den Erziehungswissenschaften, mehr Zulassungen bei besonders nachgefragten Fächern und einen Aufbau-Masterstudiengang für Quereinsteiger*innen. Besonders der letzte Punkt ist in der Lehrkräftebildung eine kleine Revolution. Es wird ein verlässlicher Weg in die Schule für viele Menschen eröffnet, die bereits als Vertretungskräfte im System sind. Gleichzeitig werden sie weitergebildet. So einen Weg verweigert Frau Prien in Schleswig-Holstein. Noch.“